

Kiel, 02.03.2022

Beantwortung Wahlprüfsteine

1. Fragen zur Bildungsgerechtigkeit

Wir haben immer noch keine Bildungsgerechtigkeit erreicht. Die GEW setzt sich für eine Schule für alle ein.

Wie wollen Sie für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen?

In den nächsten Jahren müssen wir die Folgen der Pandemie bewältigen. Im Distanzunterricht sind die sozialen Ungleichheiten verschärft wirksam geworden. Das Land hat zu spät und auch nur mit Hilfe des Bundes für digitale Endgeräte für Schüler*innen aus ärmeren Elternhäusern gesorgt. Wir werden allen Schüler*innen ab der 8. Klasse ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen.

Wir streben in der nächsten Legislaturperiode keinen Umbau des Schulwesens an. Wir wollen aber die Benachteiligungen der Gemeinschaftsschule gegenüber dem Gymnasium, die die jetzige Landesregierung zu verantworten hat, korrigieren.

Der Ausbau der Ganztagsangebote und der gebundenen Ganztagschulen wird neben Digitalisierung und Inklusion ein Schwerpunkt der nächsten fünf Jahre sein. Mit dem Programm „Schule der Zukunft SH“ wollen wir durch die Neugestaltung vorhandener Schulen und den Bau neuer Schulen diese von Lernorten zu Lebensorten machen.

Die berufsbildenden Schulen benötigen eine ebenso gute Unterrichtsversorgung wie die allgemeinbildenden.

2. Frage zu Arbeitsbedingungen in Kitas

Das Kita-Gesetz sieht Verfügungszeiten für pädagogische Fachkräfte in Höhe von 7,8 Stunden je Woche und Gruppe vor. Das reicht hinten und vorne nicht. Das Gesetz führt zudem sogar mancherorts zu Kürzungen bei Verfügungszeiten.

Werden sie die Verfügungszeiten erhöhen? Wie wollen Sie verhindern, dass ungenügende Mindestregelungen zum landesweiten Standard werden?

Wir haben uns als SPD im Rahmen der Kita-Reform für eine gute Qualität und höhere Standards in den Kitas eingesetzt. In unserem

Änderungsantrag zur Kita-Reform hatten wir eine Verfügungszeit von zehn Stunden je Woche und Gruppe beantragt. Dies wurde leider abgelehnt. Unsere Befürchtung, dass ungenügende Mindestregelungen im Gesetz zur Absenkung der Qualität führen könnten, hat sich leider bestätigt.

Wir setzen uns daher auch in der kommenden Legislaturperiode für eine Stärkung der Qualität in den Kitas ein. Es braucht in Teilen eine Reform der Kita-Reform, die gemeinsam diskutiert und umgesetzt wird. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte ist dabei ein wesentlicher Baustein z. B. durch mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung. Wir brauchen gute Standards in einem Gesetz und keine Mindestregelungen. Das stärkt die Frühkindliche Bildung in unserem Bundesland.

3. Frage zu Arbeitsbedingungen in Schulen

Die Rahmenbedingungen in den Schulen haben sich verändert. Der Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeiten von Lehrkräften ist ohne Ausgleich massiv gestiegen. Die GEW fordert eine Pflichtstundenreduzierung für alle Schularten und einen gesonderten Pool für Ausgleichsstunden.

Wie stehen Sie dazu? Welche konkreten Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften werden Sie in Angriff nehmen?

Lehrkräfte müssen Zeit für die pädagogische und inhaltliche Arbeit - auch im multiprofessionellen Team - haben. Wir wollen mit den Gewerkschaften über einen Stundenpool für besonders belastete und Klassenlehrkräfte und die zusätzliche Belastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch den Fachkräftemangel sprechen. Eine Verdopplung der Fachkräfte in der Klasse wäre sinnvoller als eine Halbierung der Schüler*innenzahl.

Wir werden die Lehrkräfte stärker unterstützen:

- durch Schulsozialarbeit, Schullassistenten und Administratoren
- bei der Betreuung der digitalen Infrastruktur
- bei der Unterrichtsplanung durch eine Unterrichtsvorbereitungs-Cloud
- bei Finanzen, Zusammenarbeit mit Dritten und Schulorganisation durch zusätzliche Stellen für die Schulleitungen
- bei der Erarbeitung von Unterrichtseinheiten durch abgeordnete Lehrkräfte im IQSH und im LSBB
- bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung bei über 100 %, auch an den Beruflichen Schulen.

4. Frage zur Inklusion in der Schule

*Schleswig-Holstein liegt bei der Inklusion im Bundesvergleich weit vorne. In der Umsetzung fehlt Regelschullehrkräften, Schüler*innen und Eltern die Unterstützung und die sonderpädagogische Förderung.*

Wie wollen Sie die Arbeit multiprofessioneller Teams stärken? Werden sie die Arbeit multiprofessioneller Teams durch Kooperationszeiten stärken?

Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Inklusionsquote. Es geht jetzt nicht mehr vorrangig darum, diese Quote zu steigern, sondern darum, die Inklusion in ihrer Qualität zu verbessern.

Inklusion von Kindern mit Behinderung ist eine Aufgabe aller Schulen, nicht nur der Grund- und Gemeinschaftsschulen, ebenso wie die Inklusion Hochbegabter nicht auf die Gymnasien begrenzt werden darf.

Wir müssen und werden die Förderzentren beibehalten, die in ihrer doppelten Funktion unverzichtbar sind, die allgemeinen Schulen mit Lehrkräften und Beratung im inklusiven Unterricht zu unterstützen sowie den einzelnen Schüler*innen und deren Eltern zur Seite zu stehen, als auch diejenigen Kinder und Jugendlichen, die im inklusiven Unterricht (noch) nicht ausreichend gefördert werden können, zu unterrichten.

Dazu brauchen die allgemeinbildenden Schulen multiprofessionelle Teams, für die wir eine Entlastung durch Kooperationszeiten anstreben.

5. *Frage zu prekären Beschäftigungen in Hochschulen*

In der Verpflichtungserklärung zum Zukunftspakt "Studium und Lehre stärken" des Landes Schleswig-Holstein hat sich dieses der Erhöhung des Anteils des entfristeten wissenschaftlichen Personals auf 40% bis 2027 selbst verpflichtet.

Welche Maßnahmen planen Sie zum Erreichen dieses Ziels?

Wir wollen, dass Hilfskräfte tarifvertraglich bezahlt werden; ein solcher Tarifvertrag muss ausgehandelt werden.

Wir haben den Hochschulen in unserer Regierungsverantwortung einen sehr großen Freiraum bei der eigenverantwortlichen Personalbewirtschaftung eingeräumt. Um den Beschäftigten an den Hochschulen Arbeitsverhältnisse im Sinne einer „Guten Arbeit“ zu ermöglichen, müssen sie (über die Personalvertretung hinaus) in den Hochschulgremien angemessen vertreten sein. Wir lehnen Abstriche an der Mitbestimmung innerhalb der Hochschulen ab; Hochschulen sind keine Unternehmen.

Wir werden über die Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen darauf hinwirken, dass der Anteil des ohne sachlichen Grund befristeten wissenschaftlichen Personals erheblich reduziert wird, mit der von Land akzeptierten Zielmarke, dass bis zum Ende der Legislaturperiode nur noch 40 % befristet beschäftigt sind.

6. *Frage zum Lehrkräftemangel*

Der Lehrkräftemangel nimmt stetig zu und führt zunehmend zu ungleichen Lernbedingungen im Land.

Wie wollen Sie dem Lehrkräftemangel in den Schulen (auch kurzfristig) begegnen?

Ein Schwerpunkt ist und bleibt die Sicherung des Lehrernachwuchses, der in mehreren Regionen und Fächern bereits große Lücken aufweist.

Unsere Anfragen haben ergeben, dass an den Schulen viele Stellen gar nicht oder mit Lehrkräften besetzt sind, die keine volle pädagogische Qualifikation erworben haben. Die Landesregierung hat trotz vorhandener Mittel wenig dazu getan, die Attraktivität des Lehrerberufs zu heben. Das reicht von der stark verzögerten Anhebung der Grundschullehrer*innen in die Besoldungsgruppe A13 bis zu der Weigerung, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen.

Der Lehrerberuf ist sinnstiftend und bietet eine hohe Arbeitsplatzsicherheit. Wir wollen, dass im Rahmen der Berufsorientierung an den Schulen mehr gezielte Werbung für den Lehrerberuf betrieben wird und dass Quereinsteiger*innen leichter die erforderlichen fachlichen und pädagogischen Qualifikationen nachholen können. Ein Blick nach Finnland zeigt uns, dass wir an den Hochschulen nach den besten Pädagog*innen suchen müssen.

7. Frage zum Fachkräftemangel in Kitas

*Kitas leiden unter einem enormen Fachkräftemangel. Aus Sicht der GEW darf der Fachkräftemangel aber nicht zu einer Absenkung des Ausbildungsniveaus der Erzieher*innen führen.*

Wie wollen sie den Fachkräftemangel im Kita-Bereich angehen? Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Berufe in der frühkindlichen Bildung attraktiver werden?

Wir werden eine Offensive „Mehr Fachkräfte in die Kitas“ starten, um dem ansteigenden Fachkräftebedarf zu begegnen. Zudem hat die SPD-geführte Bundesregierung eine Gesamtstrategie für den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe geplant und eine vergütete Ausbildung als Ziel. Nur mit einer Ausbildungsvergütung bleiben die Ausbildungen weiterhin attraktiv. Das PiA-Modell (Praxisintegrierte Ausbildung) im Bereich der Erzieher*innen-Ausbildung ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, was wir ausbauen wollen. Das Qualifizierungsniveau der Erzieher*innen und die europaweite Vergleichbarkeit müssen erhalten bleiben, um den hohen fachlichen Anforderungen zu entsprechen.

Die Ausbildung der sozialpädagogischen Assistent*innen wollen wir zu einer praxisorientierten Ausbildung inklusive Ausbildungsvergütung weiterentwickeln. Insgesamt müssen Ausbildungs- und Schulplätze in bedarfsgerechter Zahl in Schleswig-Holstein vorhanden sein.

Durch Nachbesserungen an der Kita-Reform wollen wir die Rahmenbedingungen der pädagogischen Fachkräfte verbessern, damit diese Berufe attraktiv bleiben.

8. Frage zum SHIBB

Die GEW hielt die Einführung des SHIBB für wenig zielführend und die Überführung ins Wirtschaftsministerium für inakzeptabel.

Wie soll es aus Ihrer Sicht mit dem SHIBB weitergehen?

Das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) wurde von der sozialdemokratischen Bildungsministerin Britta Ernst auf den Weg gebracht. Wir konnten dabei auf die positiven Erfahrungen des entsprechenden Hamburger Instituts aufbauen, das zu einem wichtigen Akteur in der Schulentwicklung der Beruflichen Schulen in Hamburg geworden ist.

Leider hat die derzeit amtierende Koalition aus Gründen der Koalitionsarithmetik beschlossen, die Zuständigkeit für die berufliche Bildung und für das SHIBB dem Wirtschaftsministerium zu übertragen. Wir haben das immer als schweren Fehler kritisiert, weil es die erforderliche Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung entscheidend behindert.

Wir werden deshalb das Schulwesen wieder unter dem Dach des Bildungsministeriums zusammenführen. Wir erwarten uns davon auch eine

erneute Aufwertung der beruflichen Bildung und damit eine größere Durchlässigkeit zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen.

